

Inhalt

Wer? Wenn nicht wir! Flüchtlingspolitik: human gestalten, Integration erfolgreich verwirklichen	2
Arbeit gegen Rechts	14
Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften	24
Asylrecht verteidigen – Rechtspopulismus entgegentreten	25
Gewerkschaften an die Schulen	26
Sichere Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für geduldete AusländerInnen	27
LGBTI-Flüchtlinge in Großstadtnähe unterbringen	28
Keine Abschiebung von LGBTI-Menschen in für sie gefährliche Staaten	29
Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten	30
Reform des Asylverfahrens	30
Altersangabe auf Stimmzettel	30

1 *Antrag 1*

2 *Antragsteller: Landesvorstand BayernSPD*

3 *Empfänger: Landtagsfraktion, BayernSPD Landesgruppe*

4 **Wer? Wenn nicht wir!**

5 **Flüchtlingspolitik: human gestalten, Integration**
6 **erfolgreich verwirklichen**

7

8 **Präambel**

9

10 Flucht und Vertreibung nehmen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zu. Allein in
11 den Jahren von 2011 bis 2014 wuchs die Zahl der Flüchtlinge weltweit von gut 42 auf
12 knapp 60 Millionen. Das entspricht einer Steigerung von fast 50 Prozent. Dabei
13 bleiben die meisten Menschen in ihrer Herkunftsregion - rund 90 Prozent fliehen in
14 die Nachbarländer - oder suchen als Binnenflüchtlinge Schutz in anderen Teilen ihres
15 Landes. Über 19 Millionen haben ihr Heimatland verlassen und suchen Schutz in
16 einem anderen Staat.

17

18 Die Ursachen für diesen wahrhaft dramatischen Anstieg sind vielfältig: Kriege,
19 Verfolgung und Diskriminierung, Armut, Ausbeutung, Korruption, die faktische
20 Auflösung von Staaten und Gemeinwesen sowie die Verschlechterung natürlicher
21 Lebensbedingungen vertreiben Menschen in der Hoffnung auf ein besseres Leben aus
22 ihrer Heimat. Wir werden auf diese Entwicklungen und ihre Ursachen keine schnellen
23 und einfachen Antworten finden. Dies verbietet schon deren Vielzahl und Vielfalt. Wir
24 dürfen diese Ursachen aber auch nicht aus den Augen verlieren. Denn die Verhältnisse
25 in unserer globalisierten Welt haben sich grundlegend verändert. Es wird für die
26 entwickelten Industrienationen, auch für uns in Deutschland, immer weniger möglich,
27 die genannten Ursachen und Konflikte auf Distanz zu halten. Hierauf hat bereits die
28 sogenannte „Nord-Süd Kommission“ hingewiesen, die unter der Leitung von Willy
29 Brandt im Jahr 1980 ihren Bericht mit der Aufforderung „Das Überleben sichern“
30 vorlegte. Willy Brandt schreibt in seinem Vorwort: "...Dies wirft nicht nur die
31 klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf, sondern schließt auch ein, wie man
32 den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Menschenelend überwindet und die
33 herausfordernden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und
34 Armen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden".

35

36 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte und bilden die
37 Richtschnur unseres politischen Handelns. Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit
38 zu verwirklichen und ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen sind
39 unsere politischen Ziele, die auf diesen Grundwerten basieren. Die Verwirklichung
40 dieser Ziele kann nicht allein national und in Europa erreicht werden. Die
41 Globalisierung hat nicht nur verbesserte Export-möglichkeiten hervorgebracht,
42 sondern weist auch wieder auf den weltweiten Zusammenhang von globaler
43 Verantwortung hin, dem wir uns in Deutschland und Europa stellen müssen. Uns
44 muss bewusst sein, dass auch die Lebensweisen und Konsumgewohnheiten in
45 Deutschland und Europa zu Fluchtursachen beitragen. Die deutsche Sozialdemokratie

1 hat hierbei die Aufgabe, eine Treiberin für die Gestaltung und Wahrnehmung dieser
2 Verantwortung in Deutschland und Europa zu sein. Wir wissen auch, dass dies einen
3 langen Atem verlangt, und von niemandem allein zu bewältigen ist.
4

5 Dass immer mehr Menschen fliehen, stellt auch in Deutschland Staat und Gesellschaft
6 vor Herausforderungen. Die Integration der neu zu uns gekommenen Menschen
7 muss erfolgreich gestaltet werden, was - gemeinsam mit der Unterbringung etc. -
8 erhebliche Anforderungen an Organisation und Finanzierung sowie an das haupt- und
9 ehrenamtliche Engagement vieler in der Flüchtlingsarbeit stellt. Umzugehen ist auch
10 mit verständlichen, aber nicht stichhaltigen Ängsten, die großen Anstrengungen für
11 Flüchtlinge würden zu Lasten anderer, häufig benachteiligter gesellschaftlicher
12 Gruppen gehen. Ein besonderes Problem besteht darin, dass die Mitgliedsstaaten der
13 Europäischen Union weit von einem Konsens entfernt sind, wie diese Heraus-
14 forderungen bewältigt werden können. Damit stehen wir nicht nur in Deutschland,
15 sondern vor allem auch in Europa vor einer schwierigen Bewährungsprobe. Nur
16 Gesellschaften mit einem möglichst hohen Maß an Zusammenhalt und Gerechtigkeit
17 sind politisch und wirtschaftlich bereit und in der Lage die Anstrengungen zu
18 bewältigen und die Chancen zu nutzen.
19

20 Richtschnur sozialdemokratischer Politik muss es in dieser Situation sein, besonnen
21 und realistisch Reflexen zu widerstehen, die der Illusion von undurchlässigen Grenzen
22 anhängen. Besonnenheit und Realismus verlangen aber auch, anzuerkennen, dass
23 Sorgen und Befürchtungen vor einer möglichen Überforderung nachvollziehbar und
24 ernst zu nehmen sind, wenn es um Fragen der Organisation, der Unterbringung oder
25 der Versorgung von Flüchtlinge und AsylbewerberInnen und um die damit
26 verbundenen logistischen Herausforderungen geht. Wir fordern von der bayerischen
27 Staatsregierung, die BürgerInnen vor Ort von Anfang an einzubeziehen und sie
28 vollumfassend zu informieren. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an
29 mitnehmen. "Stimmungsmache" vor einer Überfremdung oder Islamisierung erteilen
30 wir eine klare Absage. Wir werden überall, wo Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in
31 Deutschland angegriffen oder sogar Leib und Leben bedroht werden, solidarisch zu
32 den Flüchtlinge und AsylbewerberInnen stehen. Die Würde des Menschen ist für uns
33 unantastbar.
34

35 Wir brauchen ein Vorgehen, das mit Sofortmaßnahmen zur Finanzierung und
36 Organisation der Flüchtlingspolitik den Druck auf Städte, Landkreise und Gemeinden
37 spürbar entschärft. Dublin III ist gescheitert, es muss durch einen neuen europäischen
38 Verteilungsmechanismus ersetzt werden. Die konsequente Verfolgung dieser
39 Maßnahme führt zu einer gerechten Verteilung in Europa und damit auch zu einem
40 Rückgang der Zuwanderungszahlen in Deutschland. Leider war es vor allem Angela
41 Merkel, die im Rahmen der Dublin-III Verhandlung 2011/12 ein Aufnahmesystem für
42 ganz Europa verhindert hat, da Deutschland unter den aufnehmenden Ländern in
43 Europa damals nur auf Platz 14 lag. Dieser kapitale Fehler der schwarz-gelben
44 Bundesregierung ist Mitursache für die derzeitige ungeklärte Situation in Europa.
45

46 Wir wenden uns gegen die Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl und erkennen aber
47 an, dass das Asylrecht nicht geeignet ist, die Zuwanderung nach Deutschland für alle
48 diejenigen zu regeln, die zu uns kommen wollen. Deshalb ist ein
49 Einwanderungsgesetz überfällig. Wir brauchen über die genannten

1 Sofortmaßnahmen hinaus eine Integrationspolitik, die die Fehler der Vergangenheit
2 vermeidet. Dies gilt vor allem für die Bildung, das Wohnen und den Arbeitsmarkt.
3 Integration kann aber nur gelingen, wenn sie von der Zivilgesellschaft sowie den
4 staatlichen Institutionen als gemeinsame Aufgabe begriffen wird. Hierzu gehören
5 sowohl der gegenseitige Respekt vor unterschiedlichen kulturellen Zugehörigkeiten
6 und deren Wurzeln als auch die gemeinsame und ausnahmslose Anerkennung der
7 Menschenwürde und Menschenrechte. Dies ist, unabhängig von der jeweiligen
8 Herkunft, die Herausforderung der Integration an die gesamte Gesellschaft.
9 Integration ist dann gelungen, wenn im täglichen Zusammenleben diese Prinzipien
10 Verhalten und Handeln wesentlich bestimmen. Diese Prinzipien sind für uns
11 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit
12 und demokratischer Teilhabe verknüpft.

13

14 Unser sozialdemokratischer Weg ist geleitet von unseren Grundwerten und unseren
15 Zielen. Wir wissen, dass einerseits schnelles Handeln und andererseits ein langer
16 Atem erforderlich sind. Beides gehört zusammen und darf nicht gegeneinander
17 ausgespielt werden. Oberstes Gebot ist es, dass in der Integrationspolitik soziale
18 Konkurrenzen vermieden werden.

19

20 In diesen Kontext sind die aktuell im Bundestag getroffenen Entscheidungen
21 einzuordnen. Mit Blick auf unsere Verpflichtung, das Grundrecht auf Asyl nicht weiter
22 auszuhöhlen, halten wir es jedoch für zwingend notwendig einige der Entscheidungen
23 mittelfristig erneut zu überprüfen und sogar zurück zu nehmen. Von der SPD hart
24 erkämpfte Verbesserungen, wie die Abschaffung der Residenzpflicht und die Abkehr
25 von Sachleistungen wollen wir nicht aufgeben.

26

27 Für uns ist klar: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Menschen verschiedener
28 Herkunft sondern zwischen "oben" und "unten". Die großen Anstrengungen, die für
29 die Flüchtlinge erbracht werden, werden nicht zu Lasten anderer Gruppen unserer
30 Gesellschaft gehen, die die Hilfe und Unterstützung des Staates benötigen. JedeR
31 bekommt die Leistungen, die ihm bzw. ihr zustehen. Überfällig ist in unserer
32 Gesellschaft allerdings ein Dialog darüber, wie die EigentümerInnen großer Vermögen
33 und Einkommen vermehrt dafür herangezogen werden können, dass für alle auf
34 Unterstützung angewiesenen Menschen ausreichend staatliche
35 Unterstützungsleistungen - finanziell wie ideell - geleistet werden können.

1 Für eine menschliche, solidarische und nachhaltige 2 Flüchtlingspolitik in Europa

3
4 Flüchtlingspolitik ist eine gesamteuropäische Aufgabe. In einem Kontinent ohne
5 Binnengrenzen können aktuelle und künftige Migrationsbewegungen ebenso wenig
6 im nationalen Alleingang bewältigt werden, wie die erfolgreiche Integration der
7 Zuwandernden in Europa. Wenn wir nicht Kernereigenschaften wie die Reisefreiheit
8 oder ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit einbüßen, den sozialen Frieden riskieren oder
9 gar die Europäische Staatengemeinschaft insgesamt aufs Spiel setzen wollen,
10 brauchen wir eine solidarische und nachhaltige Lösung der Flüchtlings- und
11 Migrations-problematik - selbstverständlich im Einklang mit dem Wertekanon
12 Europas.

13
14 Aktuell nehmen neun von 28 EU-Staaten 90 Prozent aller Flüchtlinge und
15 AsylbewerberInnen auf. Das ist nicht gerecht. Es ist aber auch nicht gerecht, dass nach
16 geltender Dublin-III-Verordnung allein die Ersteinreise-Staaten, sprich die
17 Mitgliedsstaaten an Europas Außengrenzen, für Unterbringung und Asylverfahren
18 zuständig sind, selbst wenn das Dublin-Verfahren derzeit kaum noch Anwendung
19 findet.

20
21 Deshalb fordern wir:

- 22
23 • dass in der europäischen Flüchtlingspolitik ein Paradigmenwechsel stattfindet
24 und die Dublin-III-Verordnung unverzüglich durch einen nachvollziehbaren,
25 gerechten und solidarischen Verteilungsmechanismus nach objektiven
26 Kriterien ersetzt wird; es genügt keineswegs, das Dublin-System nur durch
27 einen festen Umverteilungsschlüssel in Überlastungs- bzw. Krisensituationen
28 zu ergänzen;
- 29
30 • dass der Schwerpunkt europäischer Flüchtlingspolitik auf die engagierte
31 Bekämpfung von Fluchtursachen, auf eine menschenwürdige Behandlung und
32 – falls erforderlich – (See-)Notrettung der Flüchtlinge gelegt wird; nicht auf
33 Abschreckung, Abschottung und massiv verstärkten Grenzschutz
- 34
35 • dass einheitliche europäische Mindeststandards wie im „Gemeinsamen
36 Europäischen Asylsystem“ (GEAS) festgelegt, unverzüglich und vollständig
37 umgesetzt werden, ins-besondere betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen
38 und die Asylverfahren - vor allem die Rahmenbedingungen der Unterbringung,
39 der medizinischen Versorgung und der Verpflegung
- 40
41 • dass das gemeinsame Neuansiedlungs- bzw. Resettlement-Programm der EU
42 zur koordinierten Aufnahme asylberechtigter Flüchtlinge aus Lagern
43 außerhalb Europas in den EU-Mitgliedsstaaten erheblich ausgebaut wird, um
44 die unkontrollierte Flucht und Einreise zu verhindern und SchleuserInnen die
45 Geschäftsgrundlage zu entziehen;
- 46
47 • dass auch die massive Zuwanderung nicht asylberechtigter, aber
48 arbeitsuchender Menschen als Realität anerkannt und die Möglichkeiten

1 legaler Einreise und Arbeitsaufnahme in der Europäischen Union - sowohl
2 temporär als auch dauerhaft – ausgebaut, vereinfacht und im Rahmen eines
3 europäischen Einwanderungsgesetzes geregelt werden;
4

- 5 • dass die Zuwanderung von Flüchtlingen und ImmigrantInnen von
6 umfassenden - ggf. auch EU-geförderten - Integrationsmaßnahmen (v.a. in
7 den Bereichen Bildung, Wohnraumbeschaffung und Arbeitsmarkt) begleitet
8 wird, die den sozialen Zusammenhalt in Europa stärken, statt schwächen;
9
- 10 • dass die EU ihre Anstrengungen massiv erhöht, Massenarbeitslosigkeit –
11 insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit – wirksam zu bekämpfen, Ordnung
12 auf den europäischen Arbeitsmärkten zu schaffen, die ZuwanderInnen vor
13 Ausbeutung und Diskriminierung zu schützen. Wir wollen alle
14 ArbeitnehmerInnen in Europa vor einer neuen Runde von Lohn – und
15 Sozialdumping bewahren.
16
- 17 • dass als Beitrag zur Bekämpfung der Flucht-ursachen in den Herkunftsländern
18 die Entwicklungspolitik der EU gestärkt und die Entwicklungshilfeausgaben
19 der Mitglieds-staaten endlich auf mindestens 0,7 Prozent ihres BIPs erhöht
20 werden; Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen des globalen
21 Welthandels überarbeitet werden, denn gerechte Handelsbeziehungen zu
22 Ländern des Globalen Südens zu etablieren ist heute wichtiger denn je.
23
- 24 • dass die Europäische Union im Rahmen einer gemeinsamen Außen-,
25 Sicherheits- und Wirtschaftspolitik eine aktive, stabilisierende und
26 friedenssichernde Rolle in der inter-nationalen Politik einnimmt. Dazu gehören
27 die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und des Schutzes von
28 Minderheiten-rechten in den Herkunftsländern, die Stabilisierung der
29 Nachbarländer in den Krisen-regionen, der konsequente Verzicht aller EU-
30 Mitgliedsstaaten auf Waffenexporte in (potenzielle) Krisenregionen. Das ist
31 ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Fluchtursache Nummer Eins: Krieg
32 und Bürgerkrieg.
33
- 34 • dass Flüchtlinge und AsylbewerberInnen endlich auf sichere Fluchtwege
35 zurückgreifen können und sie nicht in die Hände krimineller Schlepperbanden
36 getrieben werden. Die Beantragung von Asyl in der deutschen Botschaft des
37 jeweiligen Herkunftslandes muss geprüft werden.
38
- 39 • Die Abschiebung als letztes Mittel zur Rückführung von Menschen ohne
40 Aufenthaltstitel muss sehr zurückhaltend eingesetzt werden und muss –
41 soweit dies unter diesen Umständen überhaupt möglich ist – nach
42 humanitären Gesichtspunkten ablaufen. Daher lehnen wir unangekündigte
43 Abschiebungen ab, die die Menschen aus der Mitte ihres sozialen Umfelds
44 reißen. Eine Abschiebung in den Wintermonaten soll geprüft werden.

45

1 Asylrecht bewahren – Zuwanderung ordnen – Regeln entwickeln

2
3 Die hohe Zahl von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen stellt unser Land vor die
4 größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung Deutschlands vor 25 Jahren. Auch
5 in Anbetracht der Tatsache der hohen Flüchtlingszahlen gilt für uns ohne jedes Wenn
6 und Aber: Mit der SPD gibt es keine Änderungen am Grundrecht auf Asyl. Der Artikel
7 16a des Grundgesetzes gilt in jeder Situation und kann nicht, wie von den
8 Konservativen gefordert, „lagebedingt“ angepasst werden!
9

10 Die BayernSPD lehnt sogenannte Transitzonen in Grenznähe entschieden ab. Weder
11 darf das Grundrecht auf Asyl oder die Bewilligung von staatlichen Leistungen an
12 Asylsuchende und Geflüchtete an die Asylantragsstellung in einer wie auch immer
13 benannten grenznahen Einrichtung gekoppelt werden, noch darf eine
14 vorübergehende Festnahme und Inhaftierung von Flüchtlingen beim Grenzübertritt
15 erfolgen. Das Flughafenverfahren oder ähnlich ausgestaltete Verfahren dürfen
16 keinesfalls im grenznahen Bereich angewendet werden.
17

18 Die Finanzierung der aktuellen Aufgaben der Asyl- und Flüchtlingspolitik darf nicht zu
19 sozial ungerechten Folgen bei Steuern und Abgaben führen. Wir lehnen
20 Steuererhöhungen ab, die einseitig zu Lasten von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen
21 oder sozial Benachteiligten wirken. Stattdessen fordern wir die Einführung der
22 überfälligen Finanztransaktionssteuer und eine deutliche Erhöhung der
23 Erbschaftssteuer, der Kapitalertragsteuer und eine Wiedereinführung der
24 Vermögenssteuer.
25

26 Darüber hinaus sprechen wir uns gegen eine Finanzierung aus, die die Kosten der Asyl-
27 und Flüchtlingspolitik auf die beitragszahlenden Mitglieder der Arbeitslosen-, Renten-
28 und Krankenversicherung abwälzt.
29

30 Initiativen zur Absenkung des Mindestlohns lehnen wir ebenfalls ab. Wir wollen einen
31 Unterbietungswettbewerb bei den Arbeitsbedingungen verhindern, der Flüchtlinge
32 und AsylbewerberInnen gegen andere Arbeitnehmergruppen ausspielen würde.
33

34 Mit den Beschlüssen des Bund- Ländergipfels vom 24. September 2015 sind neue
35 Regelungen getroffen worden, in deren Rahmen zahlreiche Positionen der SPD
36 umgesetzt werden:
37

38 Der erleichterte Zugang zu Sprachkursen stellt für uns vor diesem Hintergrund eine
39 zentrale Errungenschaft dar und muss jetzt zügig umgesetzt werden! Die Menschen,
40 die bei uns Schutz suchen, haben ein großes Bedürfnis Deutsch zu lernen.
41

42 Ein zentrales Anliegen der SPD in der Großen Koalition ist die Verbesserung der
43 finanziellen Situation der Kommunen. Das kann auch unter den derzeitigen
44 finanziellen Belastungen hinsichtlich der hohen Ausgaben für die Unterbringung und
45 Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen gelingen: Deshalb begrüßen wir
46 es, dass sich der Bund seiner Verantwortung stellt und den Ländern von 2016 an eine
47 monatliche Pauschale im Wert von 670 Euro pro Flüchtling für die Dauer des
48 Asylverfahrens zur Verfügung stellt. Dieser Betrag wird u.a. für die Kosten der
49 Unterbringung verwendet und nicht bar ausbezahlt.

1 Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich von 2016 an strukturell und dynamisch
2 an den Kosten für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen zu beteiligen. Gleichzeitig geht
3 es um eine angemessene Ausstattung aller betroffenen Einrichtungen und
4 Verwaltungen mit Arbeitsmöglichkeiten und Personal. Hier ist zuallererst der Freistaat
5 Bayern gefordert. Wegen der Zunahme der Flüchtlingsquote und dem zu erwartenden
6 Anstieg der Fallzahlen in den Jobcentern müssen die Verwaltungskapazitäten und
7 Eingliederungsmittel deutlich angepasst werden.

8
9 Der nächste Schritt muss nun sein, endlich für eine schnellere Bearbeitung der
10 Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) zu sorgen! Die
11 SPD-Bundestagsfraktion fordert bereits seit mehr als einem Jahr geeignete
12 Maßnahmen, um den Stau von etwa 300000 Anträgen beim BAMF abzubauen!
13 Hierbei wird die Einstellung von 2000 zusätzlichen EntscheiderInnen beim BAMF nicht
14 die Lösung des Problems sein! Wir brauchen vereinfachte Bearbeitungsverfahren für
15 Menschen mit sicherer Bleibeperspektive.

16
17 Der besonderen Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und Frauen
18 müssen wir gerecht werden. Sie machen häufig andere Fluchterfahrungen und haben
19 andere Notwendigkeiten. Kinder und Jugendliche sind in Deutschland – egal welcher
20 Herkunft – per Gesetz unter besonderem Schutz der Kinder- und Jugendhilfe. Wir
21 müssen die Jugendämter in die Lage versetzen, eine entsprechende bedarfsgerechte
22 Unterbringung, Versorgung und Betreuung und Integration sicherzustellen. Der Bund
23 und die Länder müssen die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung
24 unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge unterstützen. Die Jugendhilfen der
25 jeweiligen Kommunen können diese Aufgabe nicht alleine stemmen, es besteht
26 dringender Handlungsbedarf.

27
28 Die Einführung der Gesundheitskarte hat sich in vielen Bundesländern bewährt: Wir
29 appellieren daher an die Bayerische Staatsregierung, auch in Bayern eine
30 Gesundheitskarte einzuführen. Das sichert die medizinische Versorgung der
31 schutzsuchenden Menschen und führt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zu
32 medizinischer Versorgung und baut für die ohnehin enorm belasteten Kommunen
33 einen erheblichen Teil der Bürokratie ab.

34
35 Ohne die großartige Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in allen
36 Teilen Bayerns wäre die derzeitige Situation nicht zu meistern. Die Freistellung der
37 Ehrenamtlichen durch ihre Arbeitgeber über die Hilfsorganisationen muss
38 ausgeweitet werden durch eine entsprechende landesgesetzliche Regelung. Sie bilden
39 das Rückgrat der Zivilgesellschaft und übernehmen die Aufgaben, die die öffentliche
40 Hand schon aufgrund fehlender Kapazitäten nicht leisten kann. Die Beschäftigten bei
41 Bundes- und Landespolizei, bei den Landratsämtern und Stadtverwaltungen leisten in
42 diesen Tagen und Wochen einen großen Anteil der Arbeit. Zugleich professionell und
43 emphatisch sorgen sie zusätzlich zu ihren eigentlich Aufgaben dafür, dass unsere
44 Kommunen handlungsfähig bleiben und die schutzsuchenden Menschen
45 bestmögliche Aufnahme finden. Ziel staatlichen Handelns muss es daher auch sein,
46 diesen Menschen Anerkennung und Unterstützung in jeder denkbaren Form
47 zuteilwerden zu lassen.

48

1 Die Situation, in der sich viele Landkreise und Städte in diesen Tagen befinden zeigt
2 uns eindringlich, wie notwendig Deutschland ein von der SPD-Bundestags-fraktion
3 seit langem gefordertes Einwanderungsgesetz braucht. Die hohe Zahl von
4 Flüchtlingen und AsylbewerberInnen bringt auch eine große Chance für unser Land
5 mit sich. Das von uns geforderte Einwanderungsgesetz soll einen gesetzlichen
6 Rahmen für die Menschen schaffen, die ihre Zukunft in Deutschland sehen und
7 Integration reibungslos möglich machen. Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir
8 klare Regelungen für die Integration von ausländischen MitbürgerInnen, eine
9 Bündelung der Einwanderungsvorschriften oder etwa eine einfachere Anerkennung
10 ausländischer Bildungsabschlüsse in Deutschland erreichen. In einem weiteren Schritt
11 wollen wir auf europäischer Ebene ein gemeinsames Einwanderungsgesetz schaffen.
12 Hierzu braucht es eine breite gesellschaftliche Debatte, an deren Spitze wir
13 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wollen!

14

15 Deshalb fordern wir:

- 16 • Gleiche Bestimmungen für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung
17 in allen Bundesländern, insbesondere keine Sachleistungen bei
18 Lebensmitteln
- 19 • Die Einhaltung von Mindeststandards in Gemeinschaftsunterkünften, wie
20 z.B. 7 m² Wohnfläche für einen Menschen ohne anteilige Berechnung der
21 Gemeinschaftsräume
- 22 • Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer
23 Vermögenssteuer

24

1 Integration – eine gemeinsame Verantwortung

2
3 Integration funktioniert nur, wenn wir die Zuwandernden und die aufnehmende
4 Zivilgesellschaft gleichermaßen im Blick behalten, sie mit der gleichen Empathie
5 behandeln. Deshalb wird es angesichts der hohen Zahlen von Flüchtlingen und
6 Asylbewerber-Innen darauf ankommen, in allen Fachpolitiken soziale Konkurrenzen
7 zu vermeiden. Wir können Integration, aber es gibt sie nicht zum Nulltarif.

8
9 I. Die Felder, die die „Hardware“ von Integration beschreiben, sind:

- 10
11 1. Situation in den Unterkünften
12 2. Sprach- und Integrationskurse
13 3. Zugänge zu Bildungsinstitutionen
14 4. Zugänge zum Arbeitsmarkt
15 5. Zugänge zum Wohnungsmarkt

16 17 1. Situation in den Unterkünften

18
19 Für die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort sind durch den Freistaat
20 Bayern hauptamtliche Stellen zur Verfügung zu stellen. Jede Gemeinschafts-
21 unterkunft muss überdies sozialpädagogisch betreut werden. In den
22 Gemeinschaftsunterkünften werden Gewaltschutzkonzepte unter besonderer
23 Berücksichtigung der Belange von Frauen und Kindern umgesetzt. Flüchtlinge
24 erhalten zeitnah bei Bedarf eine psychiatrische oder psychologische Betreuung zur
25 Bewältigung von Traumata.

26 27 2. Sprach- und Integrationskurse

28
29 Der Bund hat eine bedarfsgerechte Finanzierungs-garantie für alle Sprach- und
30 Integrationskurse gegeben, das ist gut. Neben der Sprache ist auch das Verständnis
31 der kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen der Schlüssel für eine gelungene
32 Integration. Daher müssen Integrationsprogramme zur Vermittlung des
33 Verständnisses für diese Grundlagen organisiert werden. Neben diesem Kurssystem
34 müssen wir darauf achten, möglichst schnell und niedrigschwellig Sprach- und
35 Kulturvermittlung schon in die Erstaufnahme-Einrichtungen und in die
36 Gemeinschaftsunterkünfte zu bringen.

37 38 3. Zugänge zu Bildungsinstitutionen

39
40 Die Zugänge zu Kitas sind grundsätzlich geregelt. Bei Menschen mit Bleibeperspektive
41 ist nach drei Monaten ein Schulbesuch zu ermöglichen. Flüchtlinge sind dabei
42 entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit den Schularten zuzuordnen. Es darf nicht
43 passieren, dass Talente verloren gehen.

44
45 Wir müssen dafür werben, dass möglichst alle Kinder von Flüchtlinge und
46 AsylbewerberInnen in die Kitas kommen. Dabei muss die Zweisprachigkeit von klein
47 an vor dem Hintergrund des schnellen Lernerfolgs und der Wertschätzung sowohl der
48 aufnehmenden wie ankommenden Gesellschaft Bestandteil eines pädagogischen
49 Konzepts sein. Das, was dort an Integrationsarbeit geleistet werden kann, ist

1 unersetzlich und oft später kaum oder nur mit hohem Aufwand nachholbar. Wir
2 brauchen pädagogische Konzepte zum Umgang mit Sprachen- und Kulturvielfalt.

3
4 Die Schulbauförderung muss an die neuen Bedarfe angepasst werden. Es müssen so
5 viele zusätzliche LehrerInnenstellen eingerichtet werden, dass es nicht zu einer
6 Erhöhung der Klassenstärken kommt.

7
8 Es ist zu begrüßen, dass die eingesparten Mittel des Betreuungsgeldes in den Ausbau
9 der Kitas fließen. Diese Mittel müssen den Kommunen umgehend zur Verfügung
10 gestellt werden. Dazu muss die Investitionsförderung des Freistaats an den neuen
11 Bedarf angepasst und erhöht werden. Bei bereits in der Planung befindlichen
12 Projekten sind unbürokratisch Kapazitätserweiterungen zu ermöglichen. Das BayKiBiG
13 muss an den neuen Bedarf angepasst werden.

14
15 In den Ausbildungsordnungen und Curricula für das Lehramt, für soziale Arbeit und
16 für den Erziehungsdienst muss interkulturelles Lernen stärker betont werden. Die
17 Bildungseinrichtungen müssen mehr denn je mit multiprofessionellen Teams (u.a.
18 Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen) ausgestattet werden.

19 20 4. Zugänge zum Arbeitsmarkt

21
22 Der Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schlüssel zur Integration, das wissen wir aus der Zeit
23 der intensiven Arbeitsmarktmigration nach Deutschland. Die Anerkennung von im
24 Ausland erworbenen Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüssen muss schneller als
25 bisher erfolgen. Bei den Hochschulabschlüssen muss der Freistaat umgehend eine
26 gesetzliche Grundlage schaffen.

27
28 BAMF und BA müssen mit Sprach- und Integrationskursen zum Arbeitsmarkt
29 hinführen, Berufsvorbereitungsjahre zur Sprachintegration (BVJ-SI) und
30 Übergangsklassen sind bedarfsgerecht auszubauen, die neuen rechtlichen
31 Möglichkeiten, über die duale Ausbildung zu einem gesicherten Aufenthalt zu
32 kommen, müssen genutzt werden, ausbildungsbegleitende Hilfen müssen ausgebaut
33 werden. Die Bayerische Wirtschaft wird aufgefordert, sich in enger Kooperation mit
34 Staat, Kommunen und BA dieser Aufgabe zu stellen.

35 36 5. Zugänge zum Wohnungsmarkt

37
38 Die ohnehin gerade in den bayerischen Städten besonders angespannte Lage auf den
39 Wohnungsmärkten birgt sicherlich die größte Gefahr sozialer Konkurrenzen. Wir
40 wollen eine Aktivierung des geförderten sozialen Wohnungsbaus für ALLE, keine
41 Flüchtlings-Sonderbauten.

42
43 Deshalb ist unbedingt ein Maßnahmenpaket nötig, das schnell umgesetzt wird:

- 44 • Weitere deutliche Erhöhung der Bundesmittel für den geförderten
45 Wohnungsbau.
- 46 • Weitere Erhöhung der Landesmittel für den geförderten Wohnungsbau.
- 47 • Umstellung von Zinsinstrument auf echte verlorene Zuschüsse pro m²
48 geschaffenem gefördertem Wohnungsbau.
- 49 • Wo möglich, Koppelung von Wohnungsbau- und Städtebauförderung.

- 1 • Verbesserung der Abschreibungsbedingungen im Wohnungsbau, um auch
2 privates Kapital zu mobilisieren.
- 3 • Die Städte werden aufgefordert, Wohnbau-land zu mobilisieren und (ggf.
4 rabattiert) auf den Markt zu bringen.
- 5 • Der Freistaat Bayern stellt seine für den Wohnungsbau geeigneten Flächen
6 ebenfalls rabattiert Städten und Wohnungsbauträgern zur Verfügung.

7

8 II. Gesellschaftliche Herausforderung

9

10 Wir erleben derzeit ein Nebeneinander von großer Hilfsbereitschaft, großer Besorgnis,
11 Unsicherheit und sogar offenem Hass, die Zivil-gesellschaft ist in der Flüchtlingsfrage
12 emotional polarisiert. Die Kurzatmigkeit, mit der Politik und Medien zum Teil kuriose
13 Ideen und Vorschläge präsentieren, trägt nicht zum Abbau der Verunsicherung bei.

14

15 Besorgnis und Unbehagen muss ernst genommen und aufgegriffen werden. Die
16 Politik muss durch ein kluges Agieren im „Hardwareteil“ der Integration soziale
17 Konflikte vermeiden. Wir müssen diese neue Integrationsaufgabe dergestalt
18 annehmen, dass wir an die Erfolge der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte
19 anknüpfen, eine Wiederholung ihrer Fehler vermeiden. D. h. wir müssen Ehrenamt
20 stärken und zum Teil auch organisieren und alles, was Begegnung und Kennenlernen
21 fördert, unterstützen. Zivilgesellschaftliche Ehrenamtsorganisationen vom Sport-
22 verein bis zur freiwilligen Feuerwehr sollen – auch finanziell – unterstützt werden, auf
23 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen zuzugehen.

24

25 Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendhäuser und Kultureinrichtungen und
26 Freiwilligenzentren sollen Patenschaften übernehmen und Begegnung organisieren.
27 Vernetzungsstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements müssen genutzt,
28 gestärkt und ausgebaut werden.

29

30 Dort, wo viele Flüchtlinge und AsylbewerberInnen wohnen werden, ist
31 Stadtteilsozialarbeit zu organisieren. Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen
32 unterstützt werden, interreligiösen Dialog zu organisieren.

1 III. Demokratie schützen

2

3 Fast täglich finden Angriffe und Brandanschläge auf Unterkünfte für Flüchtlinge und
4 AsylbewerberInnen statt, Menschen werden ausgegrenzt, rassistisch beleidigt und
5 diffamiert. Rassistische Parolen dürfen nicht mit Begriffen wie „Asylkritik“
6 verharmlost werden sondern müssen enttarnt und wirksam bekämpft werden. Die
7 Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung haben gezeigt, dass rechtsextreme
8 Denkweisen in allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen vertreten sind.

9

10 Wir werden auch weiterhin das zivilgesellschaftliche Engagement gegen
11 Rechtsextremisten und -populistInnen vorantreiben und antifaschistische Arbeit
12 unterstützen. Die finanzielle Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten für
13 Demokratie und Toleranz haben bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus einen
14 hohen Stellenwert. Die Förderprogramme des Bundes müssen weiter ausgebaut und
15 gestärkt werden. Gleichzeitig fordern wir von der Bayerischen Staatsregierung, dass
16 sie das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus in
17 Bayern endlich durch eigene Landesprogramme fördert.

18

19 Der Aufbau von Ersatzorganisationen verbotener Kameradschaften und rechter
20 Netzwerke muss konsequenter verhindert und verfolgt werden. Ebenso sind Angriffe
21 auf Flüchtlinge und AsylbewerberInnen als rassistisch motivierte Straftaten zu
22 benennen und durch den Staatsschutz zu verfolgen.

23

24 Es gilt also auf drei Ebenen anzusetzen: DemokratInnen stärken, ZweiflerInnen
25 überzeugen und ÜberzeugungstäterInnen isolieren.

1 *Antrag 2*

2

3 *Antragsteller: Jusos Bayern*

4 *Empfänger: Landtagsfraktion, Landesgruppe, Landesvorstand*

5 **Arbeit gegen Rechts**

6

7 Analyseteil:

8

9 Vieles von dem, was wir in den letzten Wochen und Monaten erleben, lässt uns an
10 die rassistischen Pogrome der 1990er Jahre zurück denken. Die massive Hetze
11 gegen geflüchtete Menschen, die Rhetorik des angeblich „vollen Boots“ und die
12 gleichzeitigen Versuche die Asylgesetzgebung Schritt für Schritt weiter zu
13 verschärfen. An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, dass die rassistischen
14 Anschläge, die wir heute vor allem mit den Orten Rostock-Lichtenhagen, Mölln,
15 Solingen und Hoyerswerda in Verbindung bringen, schon im Dezember 1988 ihr
16 unrühmliches Vorbild fanden. Am 18.12.1988 wurden vier Menschen, eine
17 dreiköpfige türkischstämmige Familie und ein Deutscher, in Schwandorf von einem
18 Nazi getötet. Der Neonazi Josef Saller gab selbst an, die „Türken ein wenig ärgern
19 zu wollen“. Er entzündete Kartons im Hausflur. Nur wenige Berichte beschäftigten
20 sich mit den damaligen Ereignissen. Das linke Internetportal Indymedia benennt
21 die Opfer: „Das Ehepaar Fatma & Osman Can, ihr 11 Jähriger Sohn Mehmet, und der
22 Deutsche Jürgen Hübener erstickten in ihren Betten und verbrannten bis zur
23 Unkenntlichkeit. 12 weitere Bewohner retteten sich durch Sprünge aus dem
24 Fenster, und zogen sich dabei schwerste Verletzungen zu.“
25 (<http://de.indymedia.org/2007/08/191950.shtml>)

26

27 In den folgenden Jahren sollte noch mehr Menschen in der BRD das Leben
28 genommen werden. Die Opfer waren und sind Migrant_Innen, Geflüchtete, Homo-
29 sexuelle und Trans-Menschen, linke Aktivist_Innen und Menschen die allgemein
30 nicht in das Weltbild von Nazis und RassistInnen passen. Der Anschlag in
31 Schwandorf wurde aufgeklärt und der Täter verurteilt. Mit Blick auf die
32 pogromartigen Ausschreitungen in der folgenden Zeit kann jedoch sicher gesagt
33 werden, dass viel zu wenige TäterInnen gefasst und verurteilt wurden. Die
34 Menschen flohen vor Krieg, Hunger, Gewalt und Willkür und fanden sich in einem
35 Land wieder indem sie erneut zu Opfern wurden. Der sogenannte „Aufstand der
36 Anständigen“ sollte symbolisieren, dass dies nur die Taten einer Minderheit waren.
37 Doch leider waren es auch Teile dieser sogenannten Mehrheit der Anständigen, die
38 als Reaktion auf die rassistischen Anschläge der 90er Jahre mit einer Verschärfung
39 des Asylrechts antworteten. Denn nicht nur an den Stammtischen wurde als
40 Konsequenz gefordert, dass Deutschland eben nicht mehr so viele Menschen
41 aufnehmen könne. Auch die damalige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
42 stimmte letztendlich zu. Die Peterberger Wende war somit das Ende des
43 individuellen und umfassenden Anspruchs auf Asyl und somit einer der großen
44 Sündenfälle der Sozialdemokratie in Deutschland.

45

1 Wir Jusos stehen auch heute noch für eine Rückkehr zum umfassenden Recht auf
2 Asyl und werden daher vehement gegen jede weitere Verschärfung des Asylrechts
3 kämpfen. Umso erschreckender ist es für uns, dass auch heute wieder mit den
4 gleichen Argumentationsmustern versucht wird das Recht auf Asyl
5 einzuschränken.
6

7 Rassistische und rechtsterroristische Anschläge und Angriffe haben eine lange
8 Tradition in der Bundesrepublik Deutschland. Menschenverachtende Einstellungen
9 sind in allen Teilen Deutschlands und in allen Schichten verbreitet. Zu oft
10 versperren ideologische Scheuklappen eine klare Analyse rassistischer und
11 faschistischer Verbrechen. Die staatlichen Sicherheitsbehörden, Polizei, Inlands-
12 geheimdienste und auch die Justiz sind nicht „auf dem rechten Auge blind“, wie
13 immer wieder flapsig behauptet wird. Sie erkennen rechte Gewalt durchaus und
14 nehmen diese wahr. Die theoretische Grundlage, sozusagen die wissenschaftliche
15 Brille, verhindert jedoch eine realistische Einordnung der Phänomene und führt zu
16 einer Gleichsetzung von ungleichen Phänomenen und einer Relativierung rechter
17 Gewalt. Die vorherrschende Extremismustheorie versucht eine unbescholtene und
18 demokratische Mitte zu konstruieren und identifiziert sogenannte
19 „extremistische“ Ränder. In diesen Rändern vermutet die Theorie die FeindInnen
20 der Demokratie und setzt somit links und rechts miteinander gleich. Gerade in
21 Bayern wird offensichtlich, was dies in der Praxis bedeutet: Antifaschistisches
22 Engagement wird kriminalisiert, die Taten von FaschistInnen werden relativiert.
23 Der bayerische Inlandsgeheimdienst, das sogenannte Landesamt für
24 Verfassungsschutz, hat über Jahrzehnte eindrucksvoll seine Unfähigkeit unter
25 Beweis gestellt, die rechte Szene in Bayern richtig einzuschätzen und ist
26 gleichzeitig absolut Unwillens, eine Neuausrichtung der Behörde auch nur in
27 Betracht zu ziehen. Diese Mischung aus Unfähigkeit, Unwillen und ideologischen
28 Scheuklappen ist höchst gefährlich und verhinderte beispielsweise die Aufklärung
29 des Oktoberfestattentats, zeigt sich in der Nicht-Wahrnehmung der Mordserie des
30 NSU, oder auch an zahlreichen anderen Angriffen und deren unzureichender
31 Aufklärung.
32

33 Ohne eine umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsbehörden und der damit
34 notwendigen Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes wird sich die Lage in Bayern
35 nicht grundlegend verbessern können. Wir müssen uns daher fragen, ob und in
36 welchem Umfang wir uns auf die Analysefähigkeit und die daraus erfolgenden
37 Konsequenzen der bayerischen Sicherheitsbehörden verlassen können. Mit einer
38 CSU-geführten Regierung wird es keine Neuausrichtung und kein Umdenken
39 geben. Mit den bestehenden Strukturen werden weiterhin AntifaschistInnen
40 kriminalisiert, faschistische Taten verharmlost und der Rassismus, Antisemitismus
41 und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der
42 sogenannten Mitte der Gesellschaft verleugnet.
43

44 Es liegt daher auch an uns, auf die Missstände aufmerksam zu machen. Wir
45 müssen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie, Antiziganismus und
46 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dort benennen, wo sie
47 auftreten. Unsere Stimme erheben und uns in den Weg stellen.
48

1 Es liegt auch an uns, innerhalb der sozial-demokratischen Familie den Finger in die
2 Wunde zu legen und auf eigene Vorurteile und Ressentiments hinzuweisen, sowie
3 diese kritisch zu hinterfragen.

4
5 Es liegt auch an uns, der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements nicht
6 tatenlos zuzusehen, sondern uns solidarisch mit den Menschen zu zeigen, die
7 Opfer von staatlicher Repression werden, weil sie sich FaschistInnen in den Weg
8 stellen und gegen diese demonstrieren. Ganz aktuell sehen wir das an dem Fall von
9 Paul, einem Münchner Antifaschisten, der wegen einer zu kurzen Fahne verhaftet
10 wurde und seit Wochen in Untersuchungs-haft sitzt.

11
12 Und es liegt auch an uns, Geflüchteten beizustehen, sie in ihren Kämpfen zu
13 unterstützen und sie im Zweifelsfall auch vor Angriffen zu schützen. Leider haben
14 staatliche Sicherheitsbehörden schon zu oft bewiesen, dass ihr angebliches
15 Frühwarnsystem nicht funktioniert und der Wille Geflüchtete zu schützen nicht
16 ausreichend hoch ist. Das war so in Rostock-Lichtenhagen und das war auch wieder
17 so in Heidenau.

18
19 Quelle für Überblick Straftaten/Anschläge auf Flüchtlinge: [www.amadeu-antonio-](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)
20 [stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

21

22 Forderungen:

23

24 Hetze gegen Geflüchtete beenden

25

26 In den letzten Wochen und Monaten haben sich vor allem konservative Parteien
27 wie die CSU an Stimmungsmache gegen Geflüchtete beteiligt. Wie so oft versucht
28 die CSU hierbei einen Spagat zwischen einem angeblich christlichen Menschenbild
29 und der Bedienung rassistischer Vorurteile. Schon seit Jahren wurde die CSU-
30 Regierung von der Opposition und von NGOs auf ihre Versäumnisse im Bereich der
31 Asylpolitik hingewiesen, doch war sie zu keinem Umdenken bereit. Dieser
32 herbeigeführte Notstand

33 ([https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/september/fluechtlinge-der-](https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/september/fluechtlinge-der-inszenierte-notstand)
34 [inszenierte-notstand](https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/september/fluechtlinge-der-inszenierte-notstand)) beschäftigt uns alle nun seit Monaten und wird von der CSU
35 sogleich dazu verwendet, das Asylrecht weiter einschränken zu wollen und
36 zwischen gewollten und ungewollten Geflüchteten zu unterscheiden. Ein
37 öffentlicher Diskurs, der auch von einigen Medien und insbesondere neurechten
38 Gruppen wie der AfD und PEGIDA mitgetragen wird. Auch die bekannten
39 faschistischen Vereinigungen wie NPD, Die Rechte und der Dritte Weg, als
40 Nachfolgeorganisation der Kameradschaft Freies Netz Süd, befeuern die
41 Diskussion. Zahlreiche Kundgebungen rechter Gruppierungen können in
42 unmittelbarer Nähe zu den Unterkünften von Geflüchteten stattfinden. Die
43 Einrichtungen werden nicht ausreichend geschützt.

44

45 Wir fordern daher eine klare Haltung der SPD in den Kommunen und auf Bundes-
46 und Landesebene und eine Absage an die rechte Rhetorik vom sogenannten
47 „Asylmissbrauch“ und von „Wirtschaftsflüchtlingen“. Ein Recht wahrzunehmen
48 kann kein Missbrauch des Rechts sein. Daher verurteilen wir aufs Schärfste die
49 Wortwahl der CSU. Das muss auch bedeuten, dass rassistische und

1 menschenverachtende Ressentiments benannt werden, auch wenn es dabei die
2 Koalitionspartner_Innen trifft. Hier ist kein Raum für falsche Kompromisse!
3
4 Wir verlangen von der SPD die weitere Ausweisung von sicheren Herkunftsstaaten
5 nicht weiter zu verfolgen. Selbst in der Petersberger Wende wurde festgestellt dass
6 das Grundrecht auf Asyl nicht noch weiter eingeschränkt werden dürfte.
7
8 Wir fordern das sofortige Verbot des Dritten Wegs in Bayern, als
9 Nachfolgeorganisation der Kameradschaft Freies Netz Süd, sowie die überfällige
10 Durchführung des NPD-Verbots unter Abzug von V-Personen.
11
12 Unterkünfte von Geflüchteten sollten als besonders schützenswert eingestuft
13 werden.
14
15 Rechten Parolen gegen Flüchtlinge keine Chance geben: Willkommenskultur
16 fördern!
17
18 Rechten Parolen kann am besten mit klaren und unbeirrbareren Fakten entgegnet
19 werden: sie bringen Transparenz und Aufklärung und sorgen dafür, dass Polemik
20 und Diffamierungen ins Leere laufen. Hier ist vor allem die Kommunalpolitik
21 gefragt: Gemeinden und Landkreise sind vor Ort direkt mit der Aufgabe der
22 Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen beauftragt. Die
23 politischen Verantwortlichen müssen frühzeitig und anhaltend den Dialog mit den
24 Bürgerinnen und Bürgern suchen. Somit können sie Ängsten, Unsicherheiten und
25 Missverständnissen vorbeugen. Die Erfahrung der letzten Monate hat vielerorts
26 gezeigt, dass in Gemeinden, die aktiv den BürgerInnendialog beim Thema Asyl
27 gesucht haben, rechte Parolen und negative Stimmungen kaum bis keine
28 Unterstützung in der Bevölkerung fanden. Stattdessen überwiegt hier die
29 Hilfsbereitschaft der AnwohnerInnen, die sich zahlreich ehrenamtlich in
30 HelferInnenkreisen engagieren.
31
32 Wenn die Politik und ihre Verantwortlichen aktiv in eine multikulturelle
33 Willkommenskultur investieren, ist dies die beste Methode um rechten Parolen,
34 versteckter AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus entgegen zu wirken.
35 Beispielhaft seien hierfür die Finanzierung von Sprachkursen, die finanzielle und
36 organisatorische Unterstützung von ehrenamtlichen HelferInnenkreisen und
37 anderen integrationsfördernden Gruppierungen, sowie von Integrations-Projekten
38 erwähnt. Auch ÖPNV-Willkommens-Tickets der Kommunen können Integrations-
39 hürden abbauen, AsylbewerberInnen mehr Mobilität und die Möglichkeit zur
40 Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen.
41 Das Zeichen politischen Engagements muss sein: Flüchtlinge in die Mitte der
42 Gesellschaft holen. Dies ist das klare Signal nach rechts: hier ist kein Platz für eure
43 rassistische Hetze! Vor allem unsere sozial-demokratischen
44 KommunalpolitikerInnen sind hier in der Pflicht, dieses Signal vor Ort in ihren
45 Kommunen zu setzen.
46
47 Rechten Terror als rechten Terror bezeichnen
48 Vor allem in der Abgrenzung zum rechten Lager braucht die Politik eine klare
49 Haltung! Wir müssen deutlich Position beziehen und rechtsradikale oder

1 rassistische Kommentare auch öffentlich klar als solche benennen. Nach dem
2 Motto "Wehret den Anfängen!" gilt hier null Toleranz bei Äußerungen in der
3 rechten Ecke. Vor allem die jüngsten Entwicklungen in der Asylpolitik haben
4 gezeigt, dass politisches Herumlaviern nur zu einem führt: es banalisiert geistige
5 Brandstiftung und ebnet damit den Weg zu rechten Protestmärschen vor
6 Asylbewerberheimen, zu Brandanschlägen und womöglich Schlimmerem. Rechter
7 Terror muss auch als solcher bezeichnet werden und nicht aus politischem
8 Opportunismus als „kritische“ und „besorgte“ BürgerInnen außer Rand und Band
9 banalisiert werden. Hass sollte nicht als Angst umgedeutet werden. Die
10 Bezeichnung rechtsterroristischer Taten als eben solche muss konsequent
11 durchgeführt werden. Den ständigen Versuchen, rechtsterroristische Taten mit
12 linken gleichzusetzen, muss entschieden widersprochen werden.

13
14 Schluss mit der Diffamierung antifaschistischen Engagements. Als Konsequenz der
15 Extremismus-theorie und ihrer Verhaftung in antikommunistischen Ressentiments
16 aus dem Kalten Krieg werden in Bayern bis heute antifaschistische Gruppierungen
17 diskreditiert und diffamiert.

18
19 Wir zeigen uns insbesondere solidarisch mit der Vereinigung der Verfolgten des
20 Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA). Sie ist eine der ältesten
21 Organisationen, die sich in Deutschland gegen alte und neue Nazis engagieren. Die
22 Initiative für die Gründung der VVN ging unmittelbar nach dem Krieg von ehemals
23 Verfolgten unterschiedlichster Herkunft aus. Über weltanschauliche und
24 parteipolitische Grenzen hinweg waren Aufklärung und Mahnung, aber auch die
25 Vertretung der Interessen der Opfer des Naziregimes die erklärten Ziele der VVN.

26
27 Auch heute noch sind einige bekannte Persönlichkeiten, die in der Nazizeit
28 Verfolgung und Lagerhaft erdulden mussten, in der VVN/BdA aktiv. Bundesweit
29 bekannt ist Esther Bejarano, in Bayern besonders Ernst Grube, Hermann und Hugo
30 Höllenrainer, der leider kürzlich verstorben ist, sowie Martin Löwenberg. Trotz
31 hohen Alters klären viele von ihnen unermüdlich junge Menschen über die Barbarei
32 der Nazis und deren Folgen auf. Für dieses Engagement werden sie hoch
33 respektiert, geehrt, gewürdigt und sind vielfach ausgezeichnet.

34
35 Die Nennung der VVN/BdA im Verfassungsschutzbericht ist eine Diffamierung der
36 Arbeit der in der VVN/ BdA organisierten Überlebenden des Naziterrors und stellt
37 sie auf dieselbe Stufe wie die ebenfalls im Bericht genannten Nazis. Es geschieht
38 unter völliger Ausblendung der tatsächlichen Arbeit der VVN/ BdA und diffamiert
39 darüber hinaus alle, die sich seit Jahren und Jahrzehnten gemeinsam mit der VVN/
40 BdA gegen faschistische Umtriebe engagieren. Für die VVN/BdA ist die Nennung im
41 Verfassungsschutzbericht auch eine Bedrohung ihrer Existenz, da der Entzug der
42 Gemeinnützigkeit droht.

43
44 Im Widerspruch zur Staatsregierung kann man nur feststellen, dass sich die VVN/
45 BdA und Ihre Mitglieder in Bayern große Verdienste um die Gedenk- und
46 Erinnerungskultur und um das bürgerschaftliche Engagement für eine solidarische
47 und tolerante Gesellschaft, gegen Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus,
48 erworben haben.

49

1 Wir fordern daher die sofortige Streichung der Vereinigung der Verfolgten des
2 Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen aus dem Verfassungsschutzbericht der
3 bayerischen Staatsregierung und die Einstellung der Überwachung der VVN/BdA
4 durch deutsche Inlandsgeheimdienste.

5
6 Außerdem stellen wir uns gegen jede Form der Kriminalisierung antifaschistischen
7 Engagements. Zu oft haben wir selbst erlebt, wie Sicherheitsbehörden bei
8 Demonstrationen in erster Linie die antifaschistischen DemonstrantInnen der
9 Repression aussetzen. Uns ist bewusst, dass diese Mechanismen sehr tief verankert
10 sind und ein Umdenken der Sicherheitsbehörden nur durch eine umfängliche
11 Neuausrichtung erfolgen kann. Der sogenannte Verfassungsschutzbericht der
12 Staatsregierung ist einzustellen und durch einen Demokratie- und
13 Menschenrechtsbericht des gesamten Parlaments zu ersetzen. Dieser Bericht soll
14 jährlich, unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure erstellt werden.

15 16 Lückenlose Aufklärung

17
18 Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben teilweise eine erbärmliche Quote beim
19 Erkennen und Aufklären rechter Straftaten. Das Versagen und Vertuschen bei der
20 Aufklärung des rechtsterroristischen Oktoberfest-attentats ist bis heute nicht
21 aufgeklärt. Wir begrüßen daher sehr die Initiativen der Landtags- und
22 Bundestagsfraktion der SPD, die mit zu einer Wiederaufnahme der Ermittlungen
23 durch den Generalbundesanwalt geführt haben.

24 Auch bei den Taten des NSU haben die bayerischen Sicherheitsbehörden leider
25 aufgezeigt, dass sie nicht in der Lage sind rechten Terror zu erkennen und zu
26 bekämpfen. Und dies sind nur die prominentesten Beispiele. Wo sind die
27 Gerichtsverhandlungen zu den Anschlägen auf Häuser und Fahrzeuge von
28 antifaschistischen Aktivist_Innen in Fürth? Wo sind die Täter_Innen, die in
29 Gräfenberg und Umgebung Familien bedroht und Eigentum zerstört haben? Wo
30 sind die Nazis, die Jugendzentren wie in Dachau angreifen und/oder beschmieren?
31 Wo sind die Verhandlungen gegen die Nazis die in den letzten Jahren in München
32 linke Einrichtungen und Wohnprojekte angegriffen haben? Und wo sind die
33 Rassist_Innen, die in den letzten Monaten die Unterkünfte von Geflüchteten
34 angegriffen haben? Diese Taten sind keine übermütigen Streiche von Jugendlichen.
35 Das sind Taten von Nazis und Rassist_Innen und entsprechend sind sie zu
36 benennen, einzuordnen und zu verfolgen. Nur, wenn die Strafverfolgung und die
37 Aufklärung rechter Straftaten in diesen Fällen funktioniert, kann auch davon
38 ausgegangen werden, dass der Staat faschistische Morde auch als solche
39 wahrnehmen kann.

40
41 Das ungenügende Einschreiten des Staates gegen die rassistischen Pogrome in den
42 90er Jahren gilt heute als einer der Gründe für das erfolgreiche Erstarken des NSU
43 innerhalb der Nazi-Szene. Die Politik und die Sicherheitsbehörden müssen hier
44 dringend lernen und handeln, denn sonst wächst möglicherweise gerade eine neue
45 Generation rechter Terrorist_Innen heran.

46
47 Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach Bekanntwerden der Morde des NSU
48 eine lücken- und schonungslose Aufklärung versprochen. Doch schon wieder
49 sträuben sich die Geheimdienste, ihre Akten offen zu legen. Das Verhalten dieser

1 Sicherheits-behörden trägt nicht dazu bei, verlorenes Vertrauen wieder zurück zu
2 gewinnen. Heute wie damals fordern wir daher die Abschaffung der
3 Inlandsgeheimdienste und die Abschaltung sämtlicher V-Personen. Die
4 Offenlegung der Aktenbestände und die Analyse dieser durch unabhängige
5 wissenschaftliche Expert_Innen wären ein erster Schritt für einen überfälligen
6 Neuanfang.

7

8 Gedenk- und Erinnerungsarbeit

9

10 In unserer alltäglichen antifaschistischen Praxis muss die Gedenk- und
11 Erinnerungsarbeit eine wichtige Rolle spielen. Hierbei ist es auch dringend
12 notwendig, dass wir selbstkritisch unsere eigene Rolle und Position in einem
13 Gedenk- und Erinnerungsprozess reflektieren und bestehende Konzepte
14 weiterentwickeln. Es ist dringend erforderlich, dass wir uns innerverbandlich damit
15 auseinandersetzen, wie und mit welchem Ziel wir erinnern und gedenken, wie
16 dabei unsere Position als sozialistischer Jugendverband einfließen kann und wie
17 die persönlichen Hintergründe unserer Mitglieder als Nachkommen von TäterInnen
18 und auch Opfern dabei mitgedacht und einbezogen werden müssen. Wir stehen
19 hier erst am Anfang einer Auseinandersetzung und müssen uns als Jusos Bayern
20 aktiv in diesen innerverbandlichen Prozess einbringen. Die diesjährige
21 verbandsübergreifende Gedenkstättenfahrt in das ehemalige Konzentrationslager
22 Auschwitz hat hierfür einen wertvollen Einstieg geliefert. Gerade der Austausch
23 mit anderen Jugendverbänden über deren antifaschistisches Selbstverständnis und
24 deren Praxis von Erinnerungs- und Gedenkarbeit eröffnen uns neue Blickwinkel.
25 Daher sollten wir ähnliche Konzepte auch Bayern anregen und umsetzen.

26

27 Die Jusos Bayern setzen sich daher das Ziel, eine jährliche Gedenkstättenfahrt
28 durchzuführen. Wenn möglich sollte dies in Kooperation mit anderen
29 Jugendverbänden und internationalen Schwester-organisationen geschehen.

30

31 Gedenkstätten sind für uns wichtige Orte der Erinnerung und Mahnung. Die
32 Geschichte der heutigen Bundesrepublik Deutschland verpflichtet daher zu Pflege,
33 Erhalt und Förderung der Gedenkstätten und dortiger Bildungsangebote. In den
34 letzten Jahren wurde immer wieder Geld für die Instandsetzung und den musealen
35 Ausbau von Gedenkstätten zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder erleben wir
36 beim Besuch von Gedenkstätten, dass diese in keinem guten Zustand sind. Der
37 Haushaltsposten für die bayerischen Gedenkstätten muss daher aufgestockt
38 werden. Eine wissenschaftliche Untersuchung soll durch den Landtag initiiert
39 werden um festzustellen, wie hoch der Förderumfang für die nächsten zehn Jahre
40 sein sollte. Ähnliche Überprüfungen sind alle fünf Jahre durchzuführen, um
41 aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden.

42

43 Ebenso muss sichergestellt werden, dass für die Durchführung von
44 Gedenkstättenfahrten von Jugendgruppen und Schulklassen ausreichend Mittel
45 zur Verfügung gestellt werden. Es ist notwendig, die Wege zur Beantragung von
46 Geldern transparenter zu gestalten, damit mehr Gruppen die Möglichkeit haben
47 Gelder zu beanspruchen.

48

1 Die Gedenk- und Erinnerungsarbeit ist in großem Wandel begriffen da immer mehr
2 Zeitzeug_Innen aufgrund ihres Alters und/oder Krankheit sterben. Das direkte
3 Gespräch mit diesen Menschen und wie sie mit uns ihre Geschichte teilen, ist
4 unschätzbar wertvoll. Wir sollten daher möglichst vielen jungen Menschen in
5 unserem Jugendverband diese Erfahrung ermöglichen. Im Zweifelsfall müssen wir
6 es sein, die die Geschichte der Opfer des Nazi-Regimes weitertragen.

7

8 Die Debatte zu den Stolpersteinen in München hat aufgezeigt, dass es ein großes
9 Bedürfnis vieler Menschen ist Formen des dezentralen und individuellen
10 Gedenkens zu schaffen. Sie wollen den Opfern Namen und den Angehörigen einen
11 individuellen Ort zurückgeben. Es ist absolut unstrittig, dass dezentrales Gedenken
12 eine wichtige und gute Ergänzung zu etablierten Gedenkformen darstellen kann.
13 Wir sind uns allerdings nicht sicher, welche spezifische Form hierfür die beste ist.
14 Leider wurden rückblickend in der Münchner Diskussion viele Fehler begangen. Um
15 das in Zukunft zu vermeiden, müssen die Bayern bei diesem Thema sprachfähig
16 werden und sich kontrovers und kritisch mit dem Thema auseinandersetzen.

17

18 In Bayern existieren noch zahlreiche Straßen, Plätze und öffentliche Gebäude
19 (Schulen, Kasernen, Turnhallen etc.), die nach Personen benannt sind, die im NS-
20 Regime eine wichtige Rolle gespielt haben, oder die aufgrund ihrer Taten und
21 Werke als rassistisch, antisemitisch und/oder homophob eingeordnet werden
22 müssen. Die Jusos Bayern machen es sich zur Aufgabe in den lokalen kommunalen
23 Gremien für eine Umbenennung dieser Ort zu plädieren und dies auch über die
24 örtlichen SPD-Strukturen einzubringen.

25

26 In der offiziellen Gedenkpoltik der Bundesrepublik Deutschland spielt zudem der 8.
27 Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus nur eine untergeordnete Rolle. Die Jusos
28 Bayern setzen sich dafür ein, dass der 8. Mai zum bundesweiten gesetzlichen
29 Feiertag wird. Die offizielle Bezeichnung sollte sein: „Tag der Befreiung Europas
30 vom Faschismus“.

31

32 Widerstand ermöglichen

33

34 Der Protest und der Widerstand gegen rassistische und faschistische Umtriebe in
35 diesem Land und unserer direkten Umgebung ist für die Jusos als antifaschistischer
36 Verband eine wichtige Aufgabe und Verpflichtung. Um Protest und Widerstand zu
37 ermöglichen müssen Kommunen dazu angehalten werden über Anmeldungen
38 rechter Organisationen zu informieren. Schon viel zu oft haben Kommunen in
39 Bayern versucht, faschistische Aufmärsche totzuschweigen, um ihnen möglichst
40 „wenig Aufmerksamkeit“ zu schenken. Für uns ist das ein Irrglaube und der falsche
41 Weg im Umgang mit rechten Kundgebungen und Demonstrationen. Wir sehen es
42 als Notwendigkeit und wichtige Aufgabe, den Faschist_Innen dort
43 entgegenzutreten, wo sie aufmarschieren.

44

45 Mittlerweile haben zahlreiche Kommunen schon Erfahrungen gesammelt, wie sie
46 sich davor schützen können, dass faschistische Organisationen und Gruppierungen
47 ihre Räumlichkeiten anmieten. Hierzu gibt es beispielsweise von der
48 Landeshauptstadt München umfassendes Material, das auch in anderen
49 Kommunen Verbreitung finden sollte.

1 In den kommunalen Gremien müssen wir versuchen auf Beschlüsse hinzuarbeiten,
2 die die Kommune dazu verpflichten über rechte Umtriebe zu informieren und den
3 Rechten vor Ort das Leben so schwer wie möglich zu machen.

4 5 Verbandsinterne Arbeit, SPD

6
7 Die Jusos verstehen sich als antifaschistischer Jugendverband. Die Teilnahme an
8 Demonstrationen gegen faschistische Umtriebe und der Widerstand gegen diese
9 ist Teil unserer täglichen politischen Praxis. Dieses wichtige Engagement sollte
10 aber nicht zu einer leidigen Pflicht werden. Daher erscheint es uns notwendig, die
11 Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Faschismus auszubauen und zu verstetigen.
12 Nur, wenn wir unseren Genossinnen und Genossen vermitteln, warum es
13 notwendig und richtig ist, gegen Faschist_Innen auf die Straße zu gehen, können
14 wir sie auch dafür mobilisieren. Wir brauchen mehr Menschen in diesem Verband,
15 die sich in Praxis und Theorie mit dem Thema auseinandersetzen. Antifaschistische
16 Arbeit bedeutet, sich gegenseitig über die Strukturen vor Ort zu informieren, und
17 Genoss_Innen an den Erkenntnissen teilhaben zu lassen. Es bedeutet, sich auch
18 theoretisch mit den Ursachen für menschenverachtende Einstellungen zu
19 beschäftigen, die Entstehung von Faschismus begreifbar zu machen und
20 kontrovers über die Rolle des kapitalistischen Systems bei diesen Phänomenen zu
21 diskutieren. Hierin sehen wir auch eine große Chance neue Menschen für die Arbeit
22 bei den Jusos zu finden und diese für unsere Ziele zu begeistern. Die Teilnahme an
23 einer Demonstration oder Kundgebung kann ein niedrigschwelliger Einstieg für
24 erste Kontakte zu den Jusos sein. Hierzu müssen wir aber auch Präsenz zeigen und
25 durch unser Handeln und Agieren für junge Menschen ansprechbar und
26 ansprechend sein. Eine kritische Selbstreflektion unseres Demo-Verhaltens und
27 unserer Präsenz bei solchen Veranstaltungen ist daher angebracht. Die Jusos
28 Bayern werden sich daher kritisch mit Aktionsformen und Formen des zivilen
29 Widerstands auseinandersetzen. Hierzu benötigen wir auch Schulungs- und
30 Bildungsangebote zur Durchführung und Teilnahme an Demonstrationen und der
31 gewaltfreien Durchführung und Teilnahme an Aktionen des zivilen Widerstands,
32 wie zum Beispiel Blockaden.

33
34 In unserer Praxis halten wir es für unerlässlich und erstrebenswert, mit anderen
35 progressiven und emanzipatorischen linken Jugendverbänden, Bündnissen und
36 antifaschistischen Gruppen zusammen zu arbeiten und Bündnisse zu bilden. Wir
37 dürfen hier nicht unüberlegt in die Argumentationsweise der Extremismustheorie
38 verfallen. Bündnissen und Kooperationen mit linksradikalen emanzipatorischen
39 und progressiven Gruppen und Verbänden stehen wir offen gegenüber und
40 entscheiden uns für oder gegen diese in der Praxis vor Ort. Insbesondere die
41 Kooperation mit den Jugendgewerkschaften, der Sozialistischen Jugend
42 Deutschlands – Die Falken, der Naturfreundejugend und migrantischen
43 Jugendverbänden muss ausgebaut, reaktiviert und neu begründet werden.

44
45 Wir benötigen hierfür weitere verbandsinterne Bildungsangebote die sich auf einer
46 theoretischen Ebene mit dem Themenkomplex beschäftigen, aber auch neuen
47 Genoss_Innen vor Ort Einführungen in die antifaschistische Praxis liefern. Wir
48 müssen innverbandlich diskutieren, welche Formen hierfür geeignet sind und an

1 welchen Stellen wir uns hierbei von bestehenden Konzepten in anderen Bezirken
2 oder Ländern inspirieren lassen.
3
4 Die Jusos Bayern setzen sich das Ziel, regelmäßige Gedenkstättenfahrten zu
5 organisieren und zu bestehenden Gedenkfeierlichkeiten, wie in Dachau, stärker zu
6 mobilisieren. Das jährliche Gedenken zur Befreiung des ehemaligen
7 Konzentrationslagers Dachau könnte für uns ein zentraler Anker im Kalender sein,
8 um den sich Seminare und weitere Veranstaltungen entwickeln. Auch die
9 Zusammenarbeit mit unseren Genoss_Innen aus Österreich sollten wir in diesem
10 Themenbereich stärker suchen, um voneinander zu lernen.
11 Selbstverständlich ist für uns die SPD eine natürliche Bündnispartnerin, der wir
12 solidarisch und kritisch gegenüber stehen. Wir müssen dort, wo es nötig ist, den
13 Finger in die Wunde legen, um Vorurteile und Diskriminierung innerhalb der SPD
14 offen anzusprechen. Dazu gehört auch, dass nicht länger über rassistische
15 Äußerungen von Parteimitgliedern hinweggesehen werden darf. In der SPD darf
16 keinerlei Platz für Rassist_Innen sein!

1 *Antrag 4*

2

3 *Antragsteller: Jusos*

4 *Empfänger: Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion*

5 **Offener und kostenfreier Internetzugang in** 6 **Flüchtlingsunterkünften**

7

8 Vielerorts ist eine Internetversorgung in Flüchtlingsunterkünften, ob in
9 „kurzfristigen“ Erstaufnahmen oder einer „längerfristigen“ Unterkunft, eine
10 Seltenheit. Dies folgt aus der Problematik, dass viele Kommunen sich nicht des
11 Themas annehmen wollen, weil die Störerhaftung ihnen ein Dorn im Auge ist: der
12 Gefahr abgemahnt zu werden, wollen sich weder Kommunen noch
13 verantwortliche Ämter aussetzen. Dies geschieht zum Leiden der Flüchtlinge,
14 welche sich so nur mit teuren Handyverträgen Zugang zum Internet verschaffen
15 können. Das Internet ist für alle Menschen heutzutage eine wichtige
16 Dienstleistung, aber vor allem für Flüchtlinge, welche mehrere tausende Kilometer
17 von ihren Familien und Bekannten entfernt sind, ist es extrem wichtig und
18 notwendig für die Kommunikation. Denn es gibt sonst oft keine Möglichkeit, um
19 mit den wichtigsten Menschen, wie den eigenen Kindern, Eltern, Geschwistern und
20 EhepartnernInnen usw. in Kontakt zu bleiben.

21

22 Zusätzlich bietet das Internet viele Möglichkeiten zur Partizipation im Alltag. Es
23 kann Zugang zu Plattformen bieten, welche den Menschen in ihrer neuen
24 Umgebung oder bei diversen Schwierigkeiten unterstützen können, so z.B. auch
25 Zugang zu Bibliotheken, Wörterbüchern und Übersetzungsseiten, welche das
26 tägliche Leben der Menschen hier vor Ort massiv erleichtern können. Natürlich
27 wäre so auch ein Zugang zu Kultur und Unterhaltung einfacher, was sich positiv
28 auf das alltägliche Leben der Flüchtlinge auswirken würde.

29

30 Deshalb fordern wir als Jusos Bayern, eine Ausnahmeregelung oder eine
31 Neuregelung der Störerhaftung in Flüchtlingsheimen für die Besteller, die
32 Kommunen und Bezirke.

33

34 Die Unterstützung von alternativen Möglichkeiten der Bereitstellung von
35 Internethotspots, wie zum Beispiel nach dem Vorbild von freifunk.net, muss der
36 Gesetzgeber verstärkt benennen und sich auch an den Kosten beteiligen.

1 *Antrag 5*

2

3 *Antragssteller: SPD Kreisverband Schweinfurt Stadt*

4 *Empfänger: Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundesvorstand,*

5 *Bundestagsfraktion*

6

7 **Asylrecht verteidigen – Rechtspopulismus** 8 **entgegentreten**

9

10 Die SPD spricht sich gegen jede Einschränkung des Grundrechts auf Asyl aus.
11 Weiterhin werden alle Genossinnen und Genossen, besonders diejenigen, die sich
12 in Führungspositionen von Partei oder Fraktion befinden, aufgefordert, dem
13 rechtspopulistischen Gedankengut von CDU/CSU, AfD, Pegida etc.
14 entgegentreten und nicht entsprechende Ängste der Bürgerinnen und Bürger
15 weiter zu schüren.

16

17

18 **Begründung:**

19 "Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Wer den "besorgten Bürgern" nach dem Mund
20 redet und von Überforderung schwadroniert, stärkt, wie jüngste Umfragen zeigen,
21 rechtsextreme Parteien. Das gilt es zu verhindern. Einer unserer wesentlichen
22 sozialdemokratischen Grundwerte ist die Solidarität. Solidarisch sind wir aber
23 nicht nur innerhalb unserer nationalen Grenzen. Vielmehr haben wir eine
24 besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, die aus Ländern stammen,
25 die unter der Politik der westlichen Welt leiden mussten.

1 *Antrag 7*

2 *Antragsteller: SPD München*

3 **Gewerkschaften an die Schulen**

4

5 Wir fordern, dass die Gewerkschaften bzw. stellvertretend für die
6 Einzelgewerkschaften der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an allen Schulen im
7 Freistaat Bayern in die Ausgestaltung der Berufsvorbereitung und
8 Ausbildungsberatung ein-gebunden werden sollen.

9

10 Der DGB erhält das Recht im vorletzten Schuljahr sowie im Rahmen der Ausbildung
11 an die Berufsschule entweder im Rahmen eines Bewerbungstrainings, einer
12 Berufsberatung oder des Sozialkundeunterrichts die späteren ArbeitnehmerInnen
13 über ihre Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer aufklären und vorbereiten zu
14 können.

15

16 Auch im Rahmen der Berufs- und Studieninformation auch an der Gymnasialen
17 sowie Beruflichen (FOS; BOS) Oberstufe müssen diese Themen gleichberechtigt
18 neben den Informationen der ArbeitgeberInnen und Industrieverbänden
19 behandelt werden. Dies ist für uns ein fundamentaler Bestandteil beruflicher
20 Beratung an Schulen, da die VertreterInnen der Gewerkschaften SchülerInnen
21 realistisch und unabhängig über die Chancen und Verpflichtungen einer
22 beruflichen Ausbildung beraten können.

23

24 Begründung:

25

26 Derzeit dürfen Einzelgewerkschaften sowie der DGB keine Werbung an Schulen
27 betreiben bzw. beratend für SchülerInnen tätig werden, obwohl sie das von der
28 Politik anerkannte Arbeitnehmervertretung Gremium sind. Jedoch werden aber
29 VertreterInnen der ArbeiterInnen und Industrieverbände regelmäßig an Schulen
30 geholt um beispielsweise den SchülerInnen das Duale Studium näher zu bringen.
31 Wir verstehen die Betriebliche Ausbildung als ein Grundpfeiler innerhalb der
32 Ausbildungslandschaft, daher wollen wir diesen auch stärken, unserer Ansichten
33 nach kann am besten die Gewerkschaft bzw. der DGB für die Ausbildungsform
34 Interesse bei den SchülerInnen schaffen und gleichzeitig über Rechte und Pflichten
35 von Auszubildenden aufklären. Daher vorderen wir auch, dass nicht nach dem
36 Schulabschluss die Einbindung der Gewerkschaften beendet werden darf. Wir
37 fordern sogar, dass auch noch während der Ausbildung die Gewerkschaften über
38 die Berufsschule stärker eingebunden werden.

39 Auch in der Tradition unserer Partei muss uns dieses Thema uns ein wichtiges
40 Bedürfnis sein, um auch die Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Gewerkschaft
41 ohne Mitglieder kann nicht wirksam die Interessen aller ArbeitnehmerInnen
42 vertreten. Dies kann nicht in unsrem Interesse liegen.

43

44

45

46

47

1 *Antrag 9*
2 *Antragsteller: AfB*
3

4 **Sichere Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven** 5 **für geduldete AusländerInnen**

6
7 Die BayernSPD fordert eine sichere Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektive
8 für geduldete Ausländer_innen und damit bessere Voraussetzungen für eine
9 gelingende Integration in Deutschland. Sie unterstützt die Forderung von SPD und
10 SPD-Bundestagsfraktion, geduldeten Ausländer_innen, die eine qualifizierte
11 Berufsausbildung aufnehmen, während der Ausbildungszeit eine
12 Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Der Kreis der Berechtigten soll auf Personen
13 ausgedehnt werden, die eine Ausbildung vor Vollendung des 25. Lebensjahres
14 aufnehmen oder schon aufgenommen haben.

15
16 **Begründung:**
17

18 Die Große Koalition hat das Aufenthaltsgesetz mit Wirkung v. 1.8. 2015 novelliert. In
19 den Verhandlungen konnte die SPD in § 60a leider nicht durchsetzen, dass
20 geduldete Ausländer_innen (diese Formulierung schließt anerkannte Flüchtlinge
21 mit ein), die eine qualifizierte Berufsausbildung (i.d. Regel 3-jährige) bis zur
22 Vollendung des 21. Lebensjahres aufnehmen oder aufgenommen haben, eine
23 Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Vielmehr muss ihnen immer noch eine sog.
24 Duldung für ein Jahr erteilt werden, die jeweils um ein Jahr verlängert werden soll,
25 wenn die Berufsausbildung noch fort dauert. Diese Vorschrift ist weder im Sinne
26 der "geduldeten Ausländer_innen", die die Qualifikation und Motivation haben,
27 eine Berufsausbildung zu beginnen und abzuschließen noch im Sinne der
28 ausbildenden Betriebe. Wegen der besonders schwierigen Situation von
29 Flüchtlingen plädieren wir dafür, die Altersgrenze für den Kreis der Berechtigten,
30 die eine Aufenthaltsgenehmigung wegen der Aufnahme einer Berufsausbildung
31 erhalten können, wie im Antrag formuliert, auszuweiten.

1 *Antrag 10*
2
3 *Antragssteller: Schwuso Bayern Landesvorstand, Schwusos München, Schwusos*
4 *Obb*
5
6 *Adressat: SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion, SPD Landtagsfraktion*
7 *Bayern, SPD Bezirkstagsfraktionen*

8 **LGBTI-Flüchtlinge in Großstadtnähe unterbringen**

9
10 Wir fordern die SPD und die SPD Fraktionen im Bundestag, Bayerischen Landtag
11 und in den bayerischen Bezirken auf sich dafür einzusetzen, dass schwule,
12 lesbische, bisexuelle, transidente und intersexuelle Flüchtlinge möglichst in
13 Großstädten oder in der Nähe von Großstädten untergebracht werden um ihnen
14 den Zugang zur LGBTI Community und deren Einrichtungen und Vereine zu
15 ermöglichen.

16
17 **Begründung:**
18 LGBTI-Flüchtlinge brauchen Kontakt zur LGBTI-Szene. Dort können sie Kontakt zu
19 Menschen finden, die ihre speziellen Probleme am besten verstehen und ihnen
20 helfen können. Viele öffnen sich auch erst gegenüber den Personen in den
21 Communityvereinen und -einrichtungen und vertrauen ihnen ihre Ängste und
22 Erlebnisse an. Beispielsweise unterstützt in München die Lebenshilfe Petra
23 mehrere ugandische lesbische Frauen, die wieder abgeschoben werden sollen.

24
25 Ebenso hilft es LGBTI-Flüchtlingen einfach sehr ungezwungen mit Menschen, die
26 auch wie sie schwul, lesbisch, bi, trans oder inter sind in Kontakt zu kommen ohne
27 dass sie sich verstecken müssen oder gar um ihr Leben zu fürchten haben. Sie
28 können in der Szene endlich freie und vollständige Menschen sein.

29
30 Es ist nicht zu erwarten, dass Personen, die nicht LGBTI sind, behaupten LGBTI zu
31 sein, da die meisten aus Gesellschaften und Staaten kommen in denen
32 Homosexualität, Transidentität und Intersexualität sehr negativ belastet sind, so
33 dass selbst LGBTI-Menschen sich oft nicht trauen, sich bei offiziellen Stellen dazu
34 zu bekennen.

35

1 *Antrag 11*
2 *Antragssteller: Schwuso Bayern Landesvorstand, Schwusos München, Schwusos*
3 *Obb*
4
5 *Adressat: SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion*
6

7 **Keine Abschiebung von LGBTI-Menschen in für sie** 8 **gefährliche Staaten**

9
10 Wir fordern die SPD und die SPD Bundestagsfraktion auf sich dafür einzusetzen,
11 dass schwule, lesbische, bisexuelle, transidente und intersexuelle Flüchtlinge nicht
12 mehr in Staaten abgeschoben werden in denen gleichgeschlechtliche sexuelle
13 Handlungen unter Strafe stehen oder LGBTI-Menschen gesellschaftlich bedroht
14 oder verfolgt werden. Die Grundlage für entsprechende Länder soll die
15 Zusammenstellung von queeramnesty sein.

16
17 **Begründung:**

18
19 Immer wieder gibt es Fälle, dass schwule und lesbische Flüchtlinge in ihre
20 Herkunftsländer abgeschoben werden sollen, obwohl in diesen Ländern Gesetze
21 existieren, die gleichgeschlechtliche Handlungen unter Strafe stellen. Dies wird
22 zumeist begründet, dass die Flüchtlinge ihre Verfolgung nicht glaubhaft darstellen
23 können, bestimmte bestehende Gesetze in der Vergangenheit nicht angewandt
24 wurden oder die betroffenen Personen „ihre Neigung nicht zeigen sollten“, dann
25 würde ihnen auch nichts passieren. Letzteres widerspricht sogar einem Urteil des
26 Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2013.

27
28 Des Weiteren gilt der Senegal als sicheres Herkunftsland, obwohl auch hier auf
29 homosexuellen Sex 1-5 Jahre Gefängnis stehen. Darauf weist das Auswärtige Amt
30 deutsche Touristen explizit in seinen Reisewarnungen hin.

31
32 Ebenso kann Russland nicht als sicheres Land für LGBTI Menschen gelten, obwohl
33 homosexuelle Handlungen nicht verboten sind, hat das „Homopropaganda“
34 Gesetz ein Klima der Angst geschaffen, da alles Mögliche als „Homopropaganda“
35 ausgelegt werden kann: Händchenhalten, Küsse, sich neutral oder positiv über
36 Homosexualität äußern! Homosexuelle werden in Russland von faschistischen
37 Gruppen gezielt gejagt, gedemütigt und misshandelt. Die Polizei schaut weg!

38
39 Und so existieren viele Länder auf der Welt die ein menschenwürdiges und freies
40 Leben für LGBTI-Menschen unmöglich machen. Diese Menschen kommen zu uns
41 und blühen auf, wenn sie erleben, dass sie ihre sexuelle und geschlechtliche
42 Identität nicht verstecken müssen und ihnen keine Gesellschaftliche Ächtung und
43 Verfolgung droht. Sie zurück in ihre Herkunftsländer zu schicken ist fahrlässig!

Antrag 3, Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten, Jusos
Für erledigt erklärt

Antrag 6, Reform des Asylverfahrens, Ingolstadt
Als Material zum Leitantrag weiter an Landesvorstand, Landtagsfraktion und
Bundestagsfraktion

Antrag 8, Altersangabe auf Stimmzettel, SPD München
Zurückgezogen